



**Stoppt den
Waffenhandel!**

Rede zum Aktionstag am 26.02.2020 vor dem Deutschen Bundestag, Berlin

Rüstungsexporte? KEINE Frage der Abwägung!

**Rüstungsexporte müssen an alle kriegführenden und menschenrechtsverletzenden Staaten
sofort und dauerhaft gestoppt werden – nicht nur an Saudi-Arabien!**

**Jürgen Grässlin, Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“
und der DFG-VK**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Friedensfreund*innen,

vor fünf Monaten, im September 2019, initiierten wir von der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ einen Offenen Brief an die Mitglieder des Bundessicherheitsrats (BSR). Dieser Offene Brief wurde mitgetragen von 56 Organisationen aus der Entwicklungs-, Friedens- und Menschenrechtspolitik und humanitären Hilfsorganisationen.

Wir richteten unsere Forderung an die neun stimmberechtigten Mitgliedern im BSR, die über besonders brisante Rüstungsexporte in Drittländer (**die weder der EU noch der Nato angehören**) entscheiden: an Bundeskanzlerin Merkel, Vizekanzler Scholz und ihre sieben Minister von CDU, CSU und SPD:

→ Verboten Sie alle Rüstungsexporte alle Staaten der Militärkoalition im Jemen-Krieg!

In unserem Offenen Brief begrüßen wir, dass die Bundesregierung laut Koalitionsvertrag keine Waffen mehr an Staaten exportieren will, die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.

Zudem begrüßen wir das gegenüber Saudi-Arabien verhängte Rüstungsexportmoratorium, mit dem Genehmigungen von Rüstungsexporten an Riad gestoppt und Rüstungsfirmen dazu aufgefordert werden, bereits bestehende Ausfuhrgenehmigungen nicht zu nutzen.

Noch im September 2019 betonte Bundeskanzlerin Angel Merkel, sie halte momentan am Exportstopp für Kriegswaffenlieferungen nach Saudi-Arabien fest: „Ich sehe im Augenblick keine Voraussetzung für eine veränderte Haltung der Bundesregierung.“

Dabei war und ist ihre Position in ihrer eigenen Partei nicht unumstritten. CDU-Außenpolitiker Jürgen Hardt sprach sich dafür aus, das Waffenembargo gegen Saudi-Arabien teilweise aufzuheben. Denn es zeige sich, „dass der Selbstschutz Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate auch in unserem eigenen Stabilitätsinteresse liegt“.

[Quelle: „Angela Merkel hält an Exportstopp für Waffen nach Saudi-Arabien fest“ in *ZEIT ONLINE* vom 17.09.2019]

→ **Menschenrecht deine danke! Was für eine egoistische Position, die wir massiv kritisieren!**

Was ist seit September 2019 geschehen?

Hat sich die Lage im Jemen-Krieg grundlegend geändert?

Wurde die Menschenrechtslage in den Ländern der Jemen-Kriegsfraktion mit Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Ägypten, Jordanien u.a. deutlich verbessert?

Und hat die Bundesregierung Rüstungsexporte in den Nahen und Mittleren Osten insgesamt drastisch reduziert oder gar gestoppt?

Mitnichten! Auch in den vergangenen Monaten hat ein Exportskandal den nächsten gejagt. Mehr noch: Die Rüstungsexportgenehmigungen aus Deutschland wurden auf den höchsten Wert aller Zeiten gesteigert:

- Im Dezember 2019 musste die Bundesregierung eingestehen, dass die Zahl der Exportgenehmigungen für Kriegswaffen und Rüstungsgüter einen neuen Rekordwert erreicht hat. Gegenüber dem Vorjahr gab

Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht

www.aufschrei-waffenhandel.de

es 2019 eine Steigerung von rund 65 Prozent. Der bisherige Rekordwert von 2015 mit 7,95 Milliarden Euro wurde bereits am 15. Dezember 2019 übertroffen.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, CDU, begründete diese dramatische Steigerung mit der langwierigen Regierungsbildung nach der Wahl 2017 – dadurch sei ein Entscheidungsstau entstanden.

Der Anteil der besonders umstrittenen Exporte in sogenannte Drittländer betrug 2019 44 Prozent. Die absolute Zahl an Exporten in Drittländer stieg um fast eine Milliarde Euro an.

Unter den zehn wichtigsten Empfängerländern finden sich fünf Drittländer. Mit Ägypten – auf Platz 2 – und den Vereinigten Arabischen Emiraten, VAE, – auf Platz 9 – sind zwei Gründungsmitglieder der von Saudi-Arabien geführten Militärallianz im Jemen-Krieg dabei.

Allein das Jemen-Kriegsland Ägypten erhielt Exportgenehmigungen in Höhe von 802 Millionen Euro.

[Quelle: „Waffenausfuhr: Bundesregierung genehmigt Rüstungsexporte in Rekordhöhe“ in *ZEIT ONLINE*, *dpa*, *hoe* vom 27.12.2019, siehe <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-12/hoechststand-ruestungsexporte-bundesregierung>]

→ Schande über diese Bundesregierung, die die Genehmigungen für Rüstungsexporte auf einen neuen Rekordwert und die die Rüstungsexporte in Drittländer um eine Milliarde Euro dramatisch gesteigert hat!

Dabei hätte es allen Grund gegeben, Waffentransfers – gerade in den Nahen und Mittleren Osten – komplett zu stoppen:

- Im Syrien-Krieg liefern sich die Truppen des Diktators Baschar al-Assad, mit Waffenimporten unterstützt von Russland, und die Militärs des türkischen Machthabers **Recep Tayyip Erdogan** bis heute einen blutigen Krieg.

Seit die syrische Regierungsarmee im Dezember 2019 ihre Offensive auf die Rebellenhochburg Idlib begonnen hat, befinden sich allein dort rund 900.000 Menschen auf der Flucht - über die Hälfte von ihnen Kinder.

[Quelle: UN-Sicherheitsrat „Horror syrischer Flüchtlinge vervielfacht“ in *TAGESSCHAU.DE* vom 20.02.2020, siehe <https://www.tagesschau.de/ausland/un-sicherheitsrat-syrien-121.html>]

Im Norden des Irak und in Syrien werden tausende von Kurd*innen, aber auch Angehörige anderer Volksgruppen, Opfer der kriegerischen Auseinandersetzungen.

- Journalisten, die über Menschenrechtsverletzungen und Kriegstreiber aufklären wollen, leben gefährlich. Der US-amerikanische Journalist Martin Smith deckte jüngst in einer TV-Dokumentation auf, wie brutal der saudi-arabische Journalist Jamal Khashoggi (am 2. Oktober 2018) ermordet und zerstückelt worden war. Auch wenn Kronprinz Mohammed bin Salman bislang jede persönliche Mitverantwortung leugnet, hat er doch „die volle Verantwortung“ für diesen Mord übernommen.
[Quelle: „Undurchsichtiger Kronprinz“ in *Badische Zeitung* vom 18.02.2020]

- Die Menschenrechtsslage in Staaten des Nahen und Mittleren Ostens hat sich keinesfalls gebessert. Saudi-Arabien bleibt ein Land mit einer äußerst problematischen Lage der Menschenrechte. Nicht nur, dass – auch mit Waffen aus Deutschland oder mit Bestandteilen aus Deutschland – schwerste Verbrechen im Jemen-Krieg verübt werden. Auch im Land selbst kommt Menschenrechten kein Wert zu. Sei es bei der unnachgiebige Verfolgung friedlicher Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und Akademiker*innen, sei es bei der Inhaftierung von Frauenrechtler*innen oder bei Exekutionen. Bekanntlich gehört Saudi-Arabien seit vielen Jahren zu den Ländern mit den meisten Hinrichtungen, wohlgernekt weltweit, so die Recherchen von Amnesty International.

[Quelle: „10 Dinge, die du über Menschenrechte in Saudi-Arabien wissen solltest“, amnesty international vom 30. Juli 2019, siehe <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/saudi-arabien-10-dinge-die-du-ueber-menschenrechte-saudi-arabien-wissen>]

Die Not der Menschen im Jemen-Krieg sprengt längst alle menschlichen sei allein von Menschen gemacht, sie sei direkte Folge des Kriegeres.

[Quelle: „Jemen-Krieg: Millionen Leben in Ruinen“ in *Süddeutsche Zeitung online* vom 11. Dezember 2019, siehe <https://www.sueddeutsche.de/politik/jemen-saudi-arabien-hungersnot-un-1.4718757>]

- Wie reagieren kritische Politiker*innen und kritische Journalist*innen, Friedens- und Vorstellungen. Mehr als drei Millionen vertriebene Jemeniten leiden im Winter unter Hunger und kämpfen in der Kälte ums Überleben. Seit 2015, dem Kriegsbeginn in Jemen, steigen die Zahlen der Opfer und auch die der

Menschen, die dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Zurzeit brauchen 24 Millionen Menschen dringend Unterstützung zum Überleben.

- Laut einer Studie im Auftrag der Vereinten Nationen sind mehr als 200.000 Menschen bislang durch den Krieg oder die indirekten Folgen des Krieges ums Leben gekommen. Die meisten Opfer sind demnach Kinder.

UN-Generalsekretär [António Guterres](#) sagt zur Ursache: Die Krise in Jemen sei allein von Menschen gemacht, sie sei direkte Folge des Krieges.

→ Wir fordern die Bundesregierung auf: Stoppen Sie die Waffenexporte und leisten sie stattdessen humanitäre Hilfe! Senden Sie Zelte, Kleidung, Lebensmittel und Medikamente in großer Menge in die Kriegsgebiete. Und nehmen Sie Abertausende weiterer Kriegsflüchtlinge auf!

Wie reagieren, kritische Politiker*innen, Jurist*innen, Friedens- und Menschenrechtsaktivist*innen auf derlei schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und auf völkerrechtswidrige Angriffskriege?

→ Sie stellen Strafanzeigen – und das ist gut so!

- Im Dezember 2019 erstattete Heidi Merk, vormals für die SPD Justizministerin in Niedersachsen, wegen Waffenexporten Strafanzeige gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel und gegen die Mitglieder des Bundessicherheitsrats.

Aus ihrer Sicht stellen die Waffenlieferungen an die Türkei eine Beihilfe zu einem Angriffskrieg von Erdoğan's Truppen gegen Kurd*innen im Norden Syriens dar.

Merks Strafanzeige beruft sie sich auf den Paragrafen 13 des Völkerstrafgesetzbuchs. Demnach muss bestraft werden, wer „eine Angriffshandlung begeht“, welche eine „offenkundige Verletzung der Charta der Vereinten Nationen“ darstellt.

[Quelle: „Rüstungsexporte: Deutschlands Beitrag“ in *Süddeutsche Zeitung online* vom 16.12.2019, siehe <https://www.sueddeutsche.de/politik/ruestungsexporte-deutschlands-beitrag-1.4725776>]

- Und noch eine zweite Strafanzeige wird hoffentlich juristische Folgen nach sich ziehen: Am 11.12.2019 wurde eine 370 Seiten umfassende Anzeige im Namen mehrerer Menschenrechtsorganisationen – darunter der ECCHR („European Center for Constitutional and Human Rights“) – aus verschiedenen Ländern Europas und dem Jemen beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eingereicht.

Gerügt werden darin verschiedene Formen der Verletzungen des humanitären Völkerrechts – so des Haager Abkommens und der Genfer Konvention.

Grundlage der Strafanzeige sind u.a. Berichte des UN-Menschenrechtsrats sowie von „Human Rights Watch“. Demnach wurden und werden von Saudi-Arabien und der Kriegsallianz im Jemen sogar gezielt Wohngebäude, Schulen und Krankenhäuser bombardiert.

Angesichts zahlreicher Medienberichte muss dies auch den deutschen Rüstungsunternehmen bekannt sein. Dennoch haben sie weiterhin Kriegswaffen an Saudi-Arabien geliefert.

Handelt es sich hierbei also um Kriegsverbrechen, die mit Hilfe deutscher Waffen möglich waren?

Der ECCHR u.a. begründet seine Vorwürfe gegen deutsche und weitere europäische Rüstungskonzerne damit, dass die Angriffe auf die Zivilbevölkerung gerade aufgrund fortlaufender Unterstützung diverser Rüstungsunternehmen, insbesondere von Airbus und Rheinmetall, ermöglicht wurden.

[Quelle: „Rüstungsindustrie wegen Waffenlieferungen beim Strafgerichtshof in Den Haag angezeigt“ in *Haufe.de* vom 16.12.2019]

→ Schande auch über die Rüstungsmanager von Airbus und Rheinmetall, die sogar in tobende Kriege hinein Waffen liefern!

→ Wir wünschen den Strafanzeigenerstattern vollen Erfolg – mögen die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft für ihre Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen und Morden von Gerichten rechtsstaatlich verurteilt werden.

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Friedensfreund*innen,**

momentan diskutiert die Große Koalition die Frage: Soll das bis Ende März 2020 gültige Lieferverbot für Waffen und Rüstungsgüter an Saudi-Arabien verlängert werden?



Gabriela Heinrich, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion fordert: „Ohne eine grundlegende Kehrtwende Saudi-Arabiens im Jemen-Krieg, eine der schlimmsten humanitären Katastrophen weltweit, kann und darf es weiterhin keine Rüstungsexporte geben.“ Das Moratorium müsse bis Ende 2020 verlängert werden.

Über die Frage der Wiederaufnahme von Waffenexporten nach Saudi-Arabien hat sich die Große Koalition noch nicht abschließend verständigt. Immerhin gibt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Thomas Bareiß, CDU, vor: Die Bundesregierung habe „hohe ethische und moralische Ansprüche“. Und doch gebe es „nicht immer nur einfache Antworten“.

[Quelle: „SPD ist gegen Waffen an Riad. Regierung noch unentschieden“ in *Badische Zeitung* vom 24.02.2020]

Unsere Antwort auf die Frage weiterer Waffenlieferungen aus Deutschland – nicht nur nach Saudi-Arabien, sondern an alle Jemen-Kriegskoalitionäre – ist nicht einfach, sondern sowohl moralisch als auch rechtlich eindeutig.

Und aufgepasst: Vorliegende Berichte bestätigen den vielfachen Einsatz von Großwaffensystemen aus europäischen Gemeinschaftsprojekten im Jemen-Krieg. Allen voran von Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter Typhoon, in die zahlreiche deutsche Komponenten eingebaut sind. Die EF-Endmontage findet in Warton, Großbritannien, statt. Die britische Rüstungsindustrie liefert an die Royal Saudi Air Force. Diese hat – mehreren Berichten zufolge – die zivile Infrastruktur im Jemen zusammengebombt.

Mit dem EF-Export an Saudi-Arabien wird sowohl der für alle EU-Staaten gleichermaßen geltende internationale Waffenhandelsvertrag Arms Trade Treaty, ATT, gebrochen als auch der Gemeinsame Standpunkt der EU für Waffenexporte verletzt. Denn beide sind rechtlich verbindliche Regelungen.

[Quelle: <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/deutschland-fauler-kompromiss-bei-ruestungsexporten-nach-saudi-arabien>]

Angesichts der erschreckenden Fehlentwicklungen und Fehlsteuerungen gelten die Forderungen unseres Offenen Briefes bis heute. In diesem Sinne **fordern wir die Mitglieder des Bundesicherheitsrats als Mitglieder der Bundesregierung auf:**

→ Verhängen Sie ein umfassendes und zeitlich nicht befristetes Rüstungsexportverbot gegenüber allen Mitgliedern der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition im Jemen!

Dieses Rüstungsexportverbot darf keine Ausnahmen für Komponentenlieferungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsprojekte und bereits erteilte Exportgenehmigungen zulassen!

→ Folgen Sie der Entschließung des Europäischen Parlaments und setzen Sie sich für ein dauerhaftes EU-Waffenembargo gegen alle Mitglieder der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition im Jemen ein!

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Friedensfreund*innen,**

→ Für uns in der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ sind Waffenexporte an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten KEINE Frage der Abwägung – wir lehnen sie allesamt ab!

Sie müssen sofort und dauerhaft gestoppt werden!

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, führen wir jetzt – in Sichtweite des Deutschen Bundestags und des Bundeskanzleramts – unsere Aktion „**Rüstungsexporte – (K)eine Frage der Abwägung**“ durch. Bitte beteiligen Sie sich aktiv daran.

Und anschließend verleiht meine Kollegin Christine Hoffmann unserer Forderung nach einem Rüstungsexport-Kontrollgesetz Nachdruck.

Vielen Dank.

Jürgen Grässlin ist Sprecher der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD), Mitbegründer der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch (KA H&K) und Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.). Er ist Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungsexporte sowie Militär- und Wirtschaftspolitik, darunter internationale Bestseller. Grässlin wurde mit bislang zehn Preisen für Frieden, Zivilcourage, Medienarbeit und Menschenrechte ausgezeichnet. Zuletzt wurde er mit dem »GRIMME-Medienpreis« und dem »Marler Medienpreis Menschenrechte« von Amnesty International geehrt.



Kontakt: Tel.: 0049-761-7678208, Mob.: 0049-170-6113759

E-Mail: jg@rib-ev.de, graesslin@dfg-vk.de

Weitere Informationen: siehe www.gn-stat.org, www.rib-ev.de, www.aufschrei-waffenhandel.de, www.dfg-vk.de
und www.juergengraesslin.com